

# Schönburger Tageblatt

Erscheint werktäg. Nachm. Bezugspreis monatlich im Voraus 150 R.-Pfg. freibl. auszähl. Erleger. Einzelne Nr. 10 Reichspf. Sonntags-Nr. 30 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Peritzelle 0,16 R.-Mark, 8 außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mark, 12 gesp. Reklamezelle 0,45 R.-Mark, Dinweise auf Anzeigen und Eingesandte 0,10 R.-Mark, Nachweise und Offertengabeh 0,20 R.-Mark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Herausgeber Dr. A. Pöschke, Postfach Nr. 2. Verlagsort: Waldenburg. Druck: Verlagsdruckerei Waldenburg. Redakteur: Dr. A. Pöschke. Adressen: Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter Zahlung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß in Aussicht genommen.

## Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Verordnungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr an. Ausgabebetrag 100 R.-Pfg. Ausgabe nachmittags 7 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Lieferant hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch den Sprechern aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Gleichweit verbreitet in den Ortspfanden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 187

Freitag, den 12. August 1927

50. Jahrgang.

## Militärische Maßnahmen Rußlands in China gegen Japan.

Der deutsche Botschafter in Paris von Hüsch hatte eine längere Unterredung mit Briand.

Der deutsche Flieger Könneke, der zu einem Dauerfluge angesetzt war, ist nach 19stündiger Flugzeit gelandet.

Die Kommunisten im Saargebiet haben zum Generalstreik der Bergarbeiter aufgerufen.

Im Südhain traten neue Unwetterkatastrophen auf. Das französische Kabinett hat eine geringe Herabsetzung der Besatzungstruppen beschlossen.

Jugoslawien hat an England 25,5 Millionen Pfund Sterling Kriegsschulden zu bezahlen.

Trozkij und Sinowjew wurden in die Kommunistenpartei wieder aufgenommen.

Präsident Coolidge hat das amerikanische Flottenbauprogramm genehmigt.

Waldenburg, 11. August 1927.

Der Rücktritt des Senators Henry de Jouvenel als Mitglied der französischen Völkerbundsdelegation hat in Paris großes Aufsehen erregt, weniger wegen des Entschlusses selbst, als wegen der Kritik, die Jouvenel in seinem Rücktrittsschreiben an der bisherigen Völkerbundsdelegation Frankreichs übt. Havas hat jetzt dieses vom 24. Juli datierte Schreiben im vollen Wortlaut veröffentlicht. Havas führt darin aus, seine Abwesenheit innerhalb des politischen Ausschusses des Völkerbundes als französischer Delegierter habe beinahe völlige Übereinstimmung zwischen seiner Auffassung und der Außenpolitik der französischen Regierung besonders gegenüber dem Völkerbund erheischt und würde eine solche beinahe vollkommene Übereinstimmung noch weiter erheischen. Er habe aber im Verlauf dieses Jahres in ziemlich zahlreichen Artikeln sein Bedauern zum Ausdruck gebracht darüber, daß Frankreich dem Völkerbund nicht internationale Streitigkeiten unterbreite, die nach seiner Ansicht nur durch den Völkerbund geregelt werden könnten, und daß außerdem sich Frankreich zu einer Politik des Aufschubes hergebe, die nur die Schwierigkeiten für die Zukunft aufhäufe. Falls irgendein ausländischer Delegierter vor der Völkerbundsversammlung Ansichten äußern würde, die den seinigen entsprechen würden, dann würde er sich gezwungen sehen, sich entweder mit der französischen Regierung oder mit sich selbst in Widerspruch zu setzen. Diese Alternative müsse man, wenn man sie voraussetze, vermeiden.

Der französische Außenminister Briand hat sich durch diese Kritik offenbar getroffen gefühlt. In einem längeren Antwortschreiben, das ebenfalls von Havas veröffentlicht wird, sucht er deshalb seine Völkerbundsdelegation zu verteidigen. Dabei führt er u. a. aus: Welches seien die ernstesten Konflikte, die nur durch den Völkerbund gelöst werden könnten und die dem Völkerbund durch einen interessierten Staat unterbreitet worden seien, die aber durch die politische Aktion Frankreichs zum Schaden des Friedens der Rechtsprechung des Völkerbundes entzogen worden sein sollen? Er, Briand, kenne solche Fälle nicht. Sei es aber, da derartige Umstände nicht vorlägen, überhaupt nützlich, berechtigt, oder auch nur angebracht, sich an die Stelle des Willens der interessierten Parteien zu setzen, um ohne Grund den Völkerbund mit irgendeiner Frage zu befaßen? Er, Briand, glaube das nicht. Er glaube, seine Unhänglichkeit gegenüber dem Völkerbund genügend gezeigt zu haben. Aber er suche, das Ausmaß der Anstrengung festzustellen, die vom Völkerbund gefordert werden könne, wenn man ihm mit Klugheit in seinem Interesse wie im Interesse des Friedens dienen wolle.

In einer Besprechung mit Pressevertretern stellte sich Briand über den Rücktritt Jouvenels sehr erstaunt. Auch bei dieser Gelegenheit verteidigte Briand den Völkerbund gegen die Angriffe Jouvenels, insbesondere gegen den Vorwurf, daß der Völkerbund unangenehme Entscheidungen aus dem Wege gehe. Als 1923 — so führte Briand aus — aus übrigens vollkommen berechtigten Gründen der Völkerbund es für seine Pflicht hielt, zugunsten der Botschafterkonferenz ein Problem von unklugem Ernst abzugeben, habe de Jouvenel, der damals zu der von Léon Bourgeois prä-

tierten französischen Völkerbundsdelegation gehörte, nicht bestritten, daß die Entscheidung im Interesse des Völkerbundes selbst ergriffen worden sei, und er habe nicht einen Augenblick daran gedacht, seine Mitarbeit innerhalb der Delegation einzustellen. Seit 1923 habe der Völkerbund niemals auch nur einen einzigen seiner Rechtsprechung unterbreiteten Streitfall abgegeben.

Der Pariser Presse ist augenscheinlich diese Debatte über den Völkerbund recht peinlich. Man weiß ja, daß der Völkerbund eine Altrappe ist, aber man sagt so etwas doch nicht. Der Idealist de Jouvenel glaubt noch an die hohe Aufgabe des Völkerbundes, von der man so viel spricht. Der Realist Briand weiß, daß der Völkerbund nur eine Kulisse ist, die dazu dient, das alte Spiel der Geheimdiplomatie der Kabinette zu decken.

### Um Amerikas Flottenpolitik.

Die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Dawes in Buffalo hat in der demokratischen Presse eine günstigere Beurteilung gefunden als in der republikanischen, die in der Rede eine unberechtigte Kritik an der Regierungspolitik erblickt. Allgemein aber mitteilt man in der Rede die Absicht, daß sich Dawes um die Präsidentschaftskandidatur bewerben will. So schreibt New York Times: Die Erklärung dieser Rede kann in einer kleinen Broschüre gefunden werden, die ein Freund des Vizepräsidenten kürzlich in Umlauf gesetzt hat, um die Bewegung, die Dawes zum Kandidaten für die nächste Präsidentschaft in Aussicht genommen hat, zu fördern. In diesem ungeschicklichen kleinen Schriftstück, sagt die Zeitung, wird uns das Geheimnis der Dawesmethode verraten. Er hat sie schon in Frankreich zur Anwendung gebracht und hat dann uns alle damit im Senat vertraut gemacht. Diese Methode besteht kurz gesagt darin, daß er mit der Waffe der Aufrichtigkeit den Rauchscheiter zerstört, in dessen Schutze man die fundamentalen Grundsätze des amerikanischen politischen Lebens zu verbergen, zu verwirren und zu entstellen bemüht ist.

Washington Star lobt die Rede, da diese, wie das Blatt schreibt, die unzertrennbare Freundschaft zwischen den beiden Ländern betont. Im übrigen würden, so wird weiter ausgeführt, die Rüstungen etwas heraufgesetzt werden müssen, da die Flotte im letzten Jahre stark vernachlässigt worden sei. An ein Weiterrüsten denke aber in Amerika niemand. New York Tribune dagegen kritisiert die Bemerkungen Dawes über eine angeblich mangelhafte Vorbereitung der Marinekonferenz. Diese Bemerkung sei sowohl unangebracht wie unrichtig. Die Konferenz von Genf sei ein Fehlschlag gewesen, gerade weil die Konferenz diesmal besser vorbereitet gewesen sei als damals in Washington, wo die amerikanischen Delegierten den Engländern die Führung überlassen hätten und wo sie nichts verlangt, sondern immer nur nachgegeben hätten. Diesmal habe man sich dagegen vorher die amerikanischen Mindestforderungen gründlich klargemacht und Großbritannien sei es aus diesem Grunde nicht gelungen, ebenso günstige Bedingungen durchzusetzen wie im Jahre 1922.

Die amerikanische Regierung hat inzwischen bereits die Folgerungen aus dem Scheitern der Genfer Konferenz gezogen. Nach einer Konferenz mit dem Marine-Sekretär Wilbur hat Präsident Coolidge das vom Marine-Departement aufgestellte Bauprogramm gebilligt. „Vollkampf voraus“ würde für den Bau der vom Kongreß bereits genehmigten acht neuen Kreuzer anbefohlen. Es wurde beschlossen, daß diese Schiffe innerhalb von drei Jahren in Dienst gestellt werden sollen, wenn sie bis dahin fertig sind. Zwei Kreuzer sind bereits auf Kiel gelegt, und nur für die übrigen sechs Kreuzer sind die Pläne nunmehr ausgearbeitet worden. Wilbur erklärte: Wir werden unser Bau- und Ersatzprogramm fortsetzen. Wegen der Unmöglichkeit, in Genf zu einem Abkommen zu gelangen, wird keine Änderung unserer Pläne eintreten. Die Einzelheiten des Bauprogramms, welches dem Kongreß vorgelegt werden soll, sind noch nicht festgelegt. Es verlautet, daß das Marine-Departement den Bau von zwölf 10 000 Tonnen-Kreuzern mit achtzölligen

Geschützen vorschlägt außer den acht 10 000 Tonnen-Kreuzern, die jetzt im Bau begriffen sind.

Der Sprecher Coolidges erklärte, der Präsident betrachte das Bauprogramm, welches noch vor der Genfer Konferenz vorbereitet worden sei, als gemäÙigt und als angemessen für die Verteidigung der Nation. Es wurde weiter angedeutet, daß eine neue Konferenz für Rüstungsbeschränkungen vielleicht zur Erzielung eines Abkommens gelangen könnte. Wilbur teilt mit, daß der Bau eines großen, vom Kongreß genehmigten Luftschiffes verschoben worden ist, bis der Kongreß dem Baukontraktentwurf seine Zustimmung erteilt hat.

### Teilstreit im Saargebiet.

Kommunistische Generalstreikparole.

Nach den großen Bergarbeiterkundgebungen in Saarbrücken, bei denen es zu schweren Zusammenstößen kam, haben die Kommunisten noch in später Abendstunden zum Streik auf den Gruben und zugleich zum Generalstreik aufgerufen. Infolge dieser Parole sind die Bergleute von vier Gruben nicht zur Arbeit angefahren.

Auf den anderen Gruben ist es den Freien und Christlichen Gewerkschaften noch im letzten Augenblick gelungen, die Befolgung der kommunistischen Streikparole zu verhindern. Die Freien und Christlichen Bergarbeiterorganisationen teilen mit, daß sie einen Beschluß zum Streik nicht gefaßt haben, besonders wenden sie sich gegen den Gedanken eines beabsichtigten Generalstreiks.

Die Regierungskommission verlangt, daß die Organisationen schriftlich ihre Forderungen bei ihr einreichen. Wie verlautet, sind einige Führer der Organisationen bereits zur Erörterung der Streitfrage mit der Regierungskommission in Verhandlungen getreten.

Verbot kommunistischer Druckschriften.

Die kommunistische Arbeiterzeitung und jede neue Druckschrift, die sich als Fortsetzung der verbotenen Blätter darstellt, ist von der Regierungskommission auf die Dauer von einem Monat mit sofortiger Wirkung verboten worden.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 20. September d. J. in Prag fortgesetzt werden und wahrscheinlich drei bis vier Wochen dauern. Da die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen sind, erwartet man, daß in dieser Zeit der ganze Vertrag fertiggestellt werden wird. Nach kurzen Beratungen zwischen den Ministern würden die Verhandlungen in das letzte Stadium eintreten, so daß der Abschluß des Vertrages noch im Herbst möglich sei.

Spionage zugunsten Polens. Der Ferienrat des Breslauer Oberlandesgerichtes hatte sich mit einem Prozeß zu beschäftigen, der auch mit der seinerzeit in Gleiwitz erfolgten Gefängnisrevolte in Beziehung steht. Bei dieser Revolte war bekanntlich eine Anzahl politischer Gefangener aus dem Gefängnis befreit worden. Angeklagt waren der Monteur Stanislaus Broll aus Beuthen D.-S., zuletzt in Sprottau, und der Oberreiter Ernst Zimmermann aus Dels wegen Verrats militärischer Geheimnisse zugunsten Polens. Der Anfang der begangenen Verbrechen reicht bis in das Jahr 1920 zurück. Der Straffentat beurteilte Broll zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und Zimmermann zu 2 1/2 Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde ihnen voll in Anrechnung gebracht.

Meldungen über eine Amnestie, die aus Anlaß des 80jährigen Geburtstages des Reichspräsidenten erlassen werden soll, sind verfrüht, da bisher der Reichsjustizminister noch keine Vorschläge gemacht hat.

Vom 1. Oktober ab erhöht sich die Versicherungs-grenze bei der Reichsversicherung von 2700 auf 3600 RM. Alle Angestellten, die infolge Ueberschreitung der Versicherungsgrenze aus ihrer Pflichtversicherung bisher